

Libanon

am Rande des Krieges

12.03.2018



© Karolin Pernegger

Herausgeber:

Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation (VIDC)

Möllwaldplatz 5/3, 1040 Vienna, www.vidc.org

Verfasser: Henrik Feindt

Redaktion: Helmut Krieger, Magda Seewald

Copyright Fotos: Karolin Pernegger

Veröffentlichung gemäß §25 des Mediengesetzes mit Novelle 2005 der Republik Österreich.

Copyright: Wiener Institut für internationalen Dialog und Zusammenarbeit, Möllwaldplatz 5/3, 1040 Wien. Hauptgegenstand: Diskussionspapers zur Entwicklungspolitik, internationaler Zusammenarbeit und kulturellem Austausch zwischen Nord und Süd sowie Anti-Rassismus-Kampagnen.

Die hier dargestellten Meinungen sind die der Podiumsteilnehmer_innen und Besucher_innen, die sich nicht mit der Meinung des VIDC und der Redaktion decken müssen.

Bericht

Krieg und externe Interventionen sind genauso wie politische Initiativen der libanesischen Bevölkerung in die Geschichte Libanons eingeschrieben. Mit der Aufnahme von mehr als 1,5 Millionen Geflüchteten aus Syrien wurde der Libanon darüber hinaus bereits seit längerem ein Teil der Konflikt- und Kriegszonen in der arabischen Welt. Angesichts dieser Fluchtbewegung verschärfen sich auch soziale und gesellschaftliche Auseinandersetzungen im Land. Sie bilden einen Teil dessen, was eine umfassende Krisenentwicklung im Libanon bedeutet.

Zugleich hat im Laufe der letzten Jahre eine vielfältige soziale Bewegung eindrücklich unter Beweis gestellt, dass politische, soziale und ökonomische Krisenentwicklungen nicht einfach hingenommen werden. Was also kann unter den heutigen Bedingungen soziales und politisches Engagement im Libanon bedeuten? Wie lassen sich aus einer geschlechterkritischen Perspektive die verschiedenen Konfliktlinien deuten?

Der Libanon war im Laufe der letzten Jahrzehnte mit verschiedenen Krisen und Kriegen konfrontiert. Was waren deren wesentliche politische und gesellschaftliche Auswirkungen? Inwiefern lässt sich hier auch von einem neoliberalen Umbruch des Landes durch Krise und Krieg sprechen? Wie wirkt diese Entwicklung der letzten Jahrzehnte auf die heutige Situation ein?

Diese Fragen wurden in der Podiumsdiskussion kontrovers debattiert.



Helmut Krieger ließ nach einigen Willkommensgrüßen zunächst **Magda Seewald** entschuldigen. Sie hätte eigentlich die Veranstaltung moderieren sollen, war aber leider kurzfristig erkrankt. So kam es dazu, dass ein rein männliches Podium unter anderem über Geschlechterverhältnisse im Libanon diskutierte, was selbstverständlich nicht Absicht des VIDC war, wie Krieger klarstellte.

Einführend hob er dann die Auswirkungen des Syrienkriegs für den Libanon hervor. 1,5 Millionen syrische Flüchtlinge leben aktuell im Libanon, der selbst nur eine Bevölkerung von viereinhalb Millionen Menschen hat. Gleichzeitig betonte er, dass es wichtig sei, die Lage im Libanon nicht auf Flucht zu reduzieren. Daher werde Anthony Keedi vergeschlechtlichte Dimensionen von Gewalt und Krieg diskutieren, Nikolas Kosmatopoulos werde stärker auf die historischen und politischen Parameter der Konflikte und der Konfliktlösungsstrategien eingehen.

Nikolas Kosmatopoulos, Assistenzprofessor für Internationale Beziehungen und Anthropologie an der American University Beirut, stellte gleich zu Beginn fest, dass er nach Meinung vieler gerade

aus einem Land käme, das sich auf einen Krieg vorbereite. Damit spielte er auf aktuelle Medienberichterstattungen an, die ein solches Szenario für den Libanon zeichnen würden. Ähnlich wie dies auch für Griechenland geschehen sei, würde der Libanon so zu einem Sinnbild von Krise. Edward Said habe so etwas schon als ‚phantasierte Geographien von Krise und Gewalt‘ bezeichnet: Bestimmte Orte in der Welt würden zu Metaphern



für eigentlich systemische Probleme stilisiert. Der Libanon stehe hierbei aktuell für permanenten Konflikt, gar Kriegszustand.

In abgewandelter Form finde sich eine solche Erzählung aber auch in libanesischen Diskussionen wieder, so Kosmatopoulos: Der Krieg habe nie wirklich aufgehört, so oftmals gehörte Einschätzungen. Vielmehr werde er nur mit anderen Mitteln fortgeführt. Die Kriegseliten seien es nun, die den Staat leiteten. In Bezug auf die libanesischen Küste sei dies besonders sichtbar: Beirut sei eine wunderschöne Stadt; vielfältig und lebendig, direkt am Meer. Wenn man nun aber vom Meer aus ankäme, würde deutlich, wie der Küstenstreifen vor, während und auch nach dem Krieg jeweils von den gleichen Personen privatisiert worden sei.

Für andere Entwicklungen sei der Krieg aber sehr wohl ein einschneidendes Ereignis gewesen. Denn Premierminister Hariri habe den Wiederaufbau nach Ende des Bürger_innenkrieges ab 1990 für die Umsetzung einer Schocktherapie genutzt. Hiermit verwies Kosmatopoulos auf eine von Naomi Klein so bezeichnete Strategie, bei der radikale Wirtschafts- und Sozialreformen innerhalb kürzester Zeit umgesetzt werden, sodass der Bevölkerung keine Gelegenheit bleibe, sich dagegen zur Wehr zu setzen. Für den Libanon habe dies eine neoliberale Transformation bedeutet: massive Einschnitte in Sozialleistungen des Staates, Privatisierung von öffentlichen Gütern (wie dem Meer), der Gesundheitsversorgung und des Bildungswesens sowie die Rücknahme von Freiheitsrechten.

Orte wie Griechenland und der Libanon seien dabei ‚globale Orte‘. Damit meinte Kosmatopoulos, dass sie von global agierenden Institutionen und Expert_innen genützt werden, um solcherlei Strategien zu testen. Diese würden daraufhin dann auch an anderen Orten der Welt umgesetzt. Letztlich seien wir also alle früher oder später genauso betroffen wie Griechenland oder der Libanon. Für den Libanon sei es hierbei wichtig, die sogenannte Friedensindustrie zu verstehen. Diese habe sich nach dem Ende des Kalten Krieges herausgebildet und inkludiere Expert_innen, Nichtregierungsorganisationen und Forschungsinstitute. Sie alle hätten eine Vorstellung von Konfliktlösung und Friedenssicherung, die Kosmatopoulos ‚Master Peace‘ nannte.

Dieses Konzept habe drei Säulen. Erstens interpretiere es den Staat lediglich im Sinne seines Gewaltmonopols. Er sei für die Friedensindustrie also nur hinsichtlich seiner Funktion zur Sicherung der öffentlichen Ordnung und der Grenzen interessant. Kampfhandlungen hätten zwar

aufgehört, aber der Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung sowie das Verfügen über Grundrechte sei nach wie vor genauso problematisch wie im Krieg. Die Nachkriegszeit sei für viele also nur eine Fortführung des Krieges mit anderen Mitteln.

Die zweite Säule sei die Veränderung der Zivilgesellschaft. Es habe eine sehr starke Anti-Kriegs Bewegung gegeben, die sich auch gegen die Kriegseliten richtete. Diese sei aber zunehmend professionalisiert worden. Damit verwies Kosmatopoulos auf Aktivitäten von internationalen Nichtregierungsorganisationen und deren Vorstellung, dass das ursächliche Problem von Kriegen die Gewaltbereitschaft der Menschen selbst sei, nicht jedoch strukturelle Gewaltverhältnisse. Die Friedensindustrie hätte entsprechend libanesische Aktivist_innen zu Ausbilder_innen umgeschult, die Mitbürger_innen nun zu zivilerem Verhalten zu erziehen habe. Die Bewegung hätte sich damit also nicht mehr gegen die Gewalt der Eliten gerichtet. Die Anti-Kriegs Bewegung sei somit depolitisiert worden.

Die dritte und letzte Säule schließlich bestünde aus dem Umgang mit denjenigen, die sich weder mit der oben beschriebenen Staatsform noch mit einer Depolitisierung zufriedengegeben hätten. Namentlich führte Kosmatopoulos hier die Hizbullah an. Diese habe nicht nur militärisch die israelische Besatzung des Südlibanon beendet, sondern gleichzeitig auch wohlfahrtsstaatliche Aufgaben in von ihr kontrollierten Gebieten erfüllt. Sie zugleich als Terrororganisation zu brandmarken, habe – so Kosmatopoulos – die Funktion ein Tabu einzuführen und verhindere damit eine ernsthafte politische und intellektuelle Auseinandersetzung über die Hizbullah. Terrorismus sei somit ein moralisierender, politischer Begriff ohne analytischen Wert und diene so als diskursives Instrument zur Rechtfertigung des Regimes des ‚Master Peace‘ bzw. der neoliberalen Schocktherapie. Die politische Opposition sei somit depolitisiert oder tabuisiert worden, während die alten Kriegseliten ihre politischen und ökonomischen Reformen hätten fortführen können.



Anthony Keedi, Fachberater für Männlichkeiten bei der libanesischen Nichtregierungsorganisation Abaad, setzte hier ein und referierte über die ursächliche Rolle von Gewaltbereitschaft und Krieg. Zunächst aber ließ er die Direktorin von Abaad, **Ghida Anani**, entschuldigen, die eigentlich statt ihm hätte sprechen sollen, aber leider kurzfristig verhindert war. Zentrale Metapher seines Vortrags war die Frage ‚Was kam zuerst – das Huhn oder das Ei?‘ Keedi übertrug dies in die Frage ‚Was kommt zuerst – Patriarchat oder Krieg?‘ Patriarchat, führte er ein, meine ein hierarchisches System, in dem Männer über Frauen gestellt seien. Dies würde dann über Unterordnung und Gewalt aufrechterhalten. Es gehe hier um ‚Macht über‘, statt um ‚Macht mit‘.

Mit ‚Macht über‘ meinte er dabei klassisch Herrschaft über andere Menschen. ‚Macht mit‘ hingegen sei horizontal angelegt, also etwa die Macht, mit anderen gemeinsam zu handeln.

Man könne nun argumentieren, so Keedi, dass Krieg die Voraussetzungen für ein Patriarchat bereite. Geflüchtete Frauen aus Syrien etwa berichteten, dass als die Gewalt um sie herum begann, ihre Männer in den Krieg gezogen seien, mit dem Argument, ihre Frauen zu beschützen. Männern würde hier also die Rolle von Beschützern zugeschrieben und die Gewalt im Krieg würde die Gewalt zum Schutz notwendig machen, so die eine Seite des Arguments. Andersherum könne man sich aber auch fragen, ob nicht die Sozialisierung und Erziehung von Männern die Grundlage für Gewalt als Konfliktlösungsstrategie überhaupt erst lege. Buben würden von klein auf mit Spielwaffen großgezogen. Die Unterhaltungsmedien vermittelten ein Bild von starken, gefühllosen Kämpfern für das Gute. Das produziere die Vorstellung, dass der Zweck die Mittel rechtfertigen würden.



Was das Gute bzw. der Zweck ist, sei außerdem sehr abstrakt und formbar. Während es für viele unvorstellbar sei, etwa den sogenannten Islamischen Staat als gut anzusehen, könne dies in anderen Subkulturen viel leichter passieren. In der aktuellen Situation werde das Bild von Männern als starke Beschützer und Versorger der Familie hochgehalten, aber durch Krieg und prekäre

ökonomische Bedingungen zugleich verunmöglicht. Hier sei es sehr einfach für kriegsführende Parteien, Ideologien zu konstruieren, die den Männern versprechen, dieses Ideal doch noch zu erreichen. Es gebe keine leichtere Ausgangslage für solche Gehirnwäsche, so Keedi drastisch.

Ist es also der Krieg selbst, der erst die Gewalt notwendig macht? Oder ist es die Erziehung, die Gewalt als Lösungsstrategie etabliert und andere Strategien ausblendet?

Als der Krieg im Libanon endete, so Keedi, wäre den Kriegseliten Macht in ihren jeweiligen Gebieten versprochen worden. Sie seien einfach in den Nachkriegsstaat integriert worden. Die gleichen Männer, die Krieg geführt hätten, waren paradoxerweise nun für den Wiederaufbau zuständig. Was erhalten geblieben sei, war ein ‚Macht über‘ System. Im Jahr 2007 zum Beispiel, nach Machtkämpfen zwischen verschiedenen Eliten, habe die Hizbullah für drei Tage die militärische Kontrolle über Beirut übernommen, schlicht um zu demonstrieren, dass sie es könnten. Aber es seien genau solche Systeme, die leicht zu Gewalteskalationen führen könnten, die wiederum dann zu Kriegen eskalieren könnten.

Es käme also nun darauf an, einen anderen Weg aufzuzeigen. Einen feministischeren, der auf ‚Macht mit‘ aufbaut. Hierfür sei die Sozialisierung und Bildung von Männern und Frauen enorm wichtig. Auch müssten den Menschen die sozialen Rechte und gesellschaftlichen Möglichkeiten zur

Verfügung gestellt werden, um ‚Macht mit‘ auch tatsächlich realisieren zu können. Es müsse zum Beispiel den jungen Männern vermittelt werden, dass Frauen in Führungspositionen zu sehen ganz und gar kein schlechter Zustand sei. Wie aber dies tun, wenn weniger als ein Prozent des libanesischen Parlaments Frauen seien? Die meist einzigen Bilder erfolgreicher Männer die heutzutage produziert würden, wären militarisierte, gewaltbereite und dominante Männer. Menschen würden in sozialen Kontexten lernen und wenn dies die aktuellen sozialen Kontexte seien, sei es kein Wunder, dass die Gewalt nicht aufhöre.

Dies seien die aktuellen Herausforderungen für eine Friedensstrategie. Eine solche müsse auf gewaltfreie soziale Bewegungen setzen und auf zivilen Ungehorsam. Es müsse vermittelt werden, dass feministisch sein nicht bedeutet, nicht zu kämpfen. Es bedeutet aber gewaltfrei zu kämpfen, mit anderen Strategien und viel Geduld. Gerade im Zeitalter der sozialen Medien gebe es hier viele Möglichkeiten. Keedi zitierte dazu Einstein, der gesagt habe, man könne ein Problem nicht mit der gleichen Denkweise lösen, mit der es produziert worden sei. Im Libanon aber sei nach wie vor eine Kriegsmentalität buchstäblich vorherrschend. Bei all dem müsse aber immer berücksichtigt werden, dass selbst während hier über die richtige feministische Strategie nachgedacht würde, es vor allem Frauen seien, die unter den aktuellen Zuständen leiden.



In der anschließenden Fragerunde wurden die verschiedenen Diskussionsbeiträge der Referenten weiter vertieft, wobei einer der kontroversesten Punkte den Begriff des Terrorismus betraf. Eine Zuhörer*in warf ein, dass dieser doch in vielen Ländern per Gesetz definiert sei, es daher sehr wohl einen klaren Bedeutungsumfang von ‚Terrorismus‘ gebe. Kosmatopoulos antwortete, dass es keine allgemein akzeptierte Definition gebe, sodass es legitim sei, den Begriff ‚Terrorismus‘ als eine Art epistemische Gewalt zu bezeichnen. Damit meinte er eine Art von Gewalt, bei der die Möglichkeitsgrenzen von Diskussionen beschränkt werden. Der Begriff ‚Terrorismus‘ etwa würde erst vermehrt seit dem Jahr 1968 gebraucht. Es habe aber über die Jahrtausende immer Gewalt in allen Gesellschaften gegeben. Daher müsse man sehr genau schauen, von wem, wie und in welchem Kontext der Begriff gebraucht würde. Wir müssten etwa verstehen, so Kosmatopoulos, was Osama Bin Laden motiviert habe. Wie sei es dazu gekommen, dass er Anführer einer gewaltbereiten Organisation geworden wäre? Ihn von vornherein als Monster darzustellen verunmögliche Analysen des entsprechenden historischen Kontextes, der wiederum gewaltdurchdrungen sei. Jemanden in einem polit-ökonomischen System zu einem Leben in Armut

zu verdammen, sei eine Form struktureller Gewalt. Kolonialismus oder Imperialismus seien hier Beispiele. Auch diese müssten berücksichtigt werden.

Keedi antwortete auf die Frage, ob nicht eine patriarchale Hierarchie besser in der Lage sei, eine chaotische Nachkriegssituation zu ordnen als ein feministisches ‚Macht mit‘ Konzept. Dies möge zwar manchmal stimmen, aber eine solche Herrschaftsform sei nicht nachhaltig, denn sie könne immer wieder in einen Teufelskreis der Gewalt zurückfallen, so Keedi. Außerdem würden in solchen geschlossenen Hierarchien oft alternative Lösungsstrategien gar nicht erst berücksichtigt. Für einen effektiven Wiederaufbau käme es daher vielmehr drauf an, eine so große Vielfalt wie möglich zu schaffen. Auf die Frage nach den Themen des aktuellen Wahlkampfs im Libanon antwortete Keedi weiters, dass diese vor allem von den Trennungslinien der religiösen Konfessionen bestimmt seien. Eine konfessionsübergreifende politische Plattform gebe es so gut wie gar nicht. Er betonte dabei, dass Aaad mit allen Konfessionen zusammenarbeite und explizit den Dialog suche. Kosmatopoulos fügte noch hinzu, dass ein Thema nicht auf der Wahlkampfgenda stünde – die Geflüchteten aus Syrien. Libanon sei schon lange Zufluchtsland für viele verschiedene Flüchtlinge, aber zu Fremdenhass führe dies nicht.



Zur Frage nach antimuslimischem Rassismus in progressiven Solidaritätsinitiativen in Österreich und Europa sowie den eigenen Einschätzungen dazu, meinte Keedi, dass es sehr wohl problematische Interpretationen des Koran gebe, dies jedoch in jeder Religion vorkomme und daher nicht zu einer pauschalen Abwertung führen sollte. Kosmatopoulos wiederum integrierte in seiner Antwort auf jene Frage seine Ausführungen zu professionalisierten Peace-Experts und verwies

unter anderem dabei auf Erfahrungen mit der palästinensischen ersten und zweiten Intifada: Liberale Expert_innen hätten keinerlei Bezug mehr zu sozialen Bewegungen. Während Intellektuelle noch das Sprachrohr der ersten Intifada gewesen seien, hätte der Orwellsche Neusprech der Professionalisierung dann schon bei der zweiten Intifada dazu geführt, dass ihr so ein Sprachrohr gefehlt hätte. Es komme daher wieder darauf an, einen engen Kontakt zwischen Bewegungen und denjenigen herzustellen, die ihnen ein Sprachrohr sein könnten.

Einig waren sich Keedi und Kosmatopoulos dann bei ihrer Zurückweisung von jenen Erklärungen, die Kriege auf kulturelle Differenzen zurückführen wollen. Krieg werde nicht für eine Religion angefangen, auch nicht im Libanon. Er könne sich aber dazu entwickeln, sodass irgendwann auch zwischen konfessionellen Gruppen gekämpft wird. Kosmatopoulos fügte hier ein, dass ein Grund dafür auch eine falsche Interpretation liberaler Expert_innen sein könne, die etwa Religion in einen

Konflikt hineininterpretieren in dem es bislang gar nicht um Religion ging. Es käme aber, betonten beide, für eine nachhaltige Lösung immer darauf an, die zugrundeliegenden Machtverhältnisse zu ändern. Während Keedi insgesamt stärker die Notwendigkeit einer feministischen Sozialisierung hervorhob, betonte Kosmatopoulos eher historische und polit-ökonomische Verhältnisse. Beide waren sich aber schließlich einig, die zugrundeliegenden Machtstrukturen gemeinsam verstehen zu lernen und dann effektiv, gewaltfrei und solidarisch zu bekämpfen.



Zu den Personen

Anthony Keedi arbeitet seit acht Jahren als Fachberater für Männlichkeiten bei Abaad - Resource Center for Gender Equality in Beirut, Libanon. Er führte dort das Konzept ‚Engaging Men in Ending Violence Against Women‘ ein. Im Rahmen dieser Tätigkeit haben er und seine Kolleg_innen lokale Männerforen geschaffen, um geschlechtsspezifische Gewalt zu beenden. Zudem betreuten sie die erste White Ribbon Kampagne in der arabischen Welt. Zurzeit arbeitet Abaad mit irakischen und syrischen Flüchtlingen zu Themen wie Sensibilisierung für geschlechtsspezifische Gewalt, Gleichstellung, Männlichkeit sowie Stress- und Wutmanagement.

Nikolas Kosmatopoulos ist Assistenzprofessor für Internationale Beziehungen und Anthropologie und Mitglied des Graduiertenprogramms für Public Policy und International Affairs am Department of Political Studies and Public Administration der American University Beirut. Davor lehrte er an der Freien Universität Berlin, der Universität Zürich, der Columbia University in New York, der Sciences Po in Paris und der École Polytechnique Fédérale de Lausanne. In den Jahren 2014 - 2015 war Nikolas Kosmatopoulos Gastwissenschaftler am Institut für Umweltwissenschaften und Technologie an der Universität Autònoma de Barcelona. Seine Forschung verbindet globale Politik, kritische Entwicklungsstudien und politische Anthropologie mit einem Fokus auf Fragen von Expert_innenmacht, politischer Expertise und globalen Institutionen. Gegenwärtig arbeitet er an einem Manuskript mit dem vorläufigen Titel ‚Master Peace: Governing Violence in post-Civil War Lebanon‘.

Helmut Krieger ist Sozialwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Internationale Entwicklung der Universität Wien sowie Konsulent des VIDC. Seine Forschungsschwerpunkte sind: der israelisch-palästinensische Konflikt, Bewegungen des politischen Islam in der arabischen Welt, kritische Staatstheorien und postkoloniale Theoriebildung. Aktuelle Veröffentlichungen sind unter anderem: ‚Umkämpfte Staatlichkeit. Palästina zwischen Besatzung, Entwicklung und politischem Islam‘ (2015) und als Mitherausgeber ‚Krise, Revolte und Krieg in der arabischen Welt‘ (2017) sowie die Aufsätze ‚Das Ende der Hoffnung: Revolten in der arabischen Welt als diskontinuierlicher Prozess‘ (2015) und ‚Syrien – Aufstand, Krieg und Flucht‘ (2016). Des Weiteren ist er der österreichische Projektleiter des APPEAR-Projekts ‚Rooting Development in the Palestinian Context‘, einer Hochschulkooperation zwischen der Universität Wien, der Birzeit University in der West Bank und der Al-Azhar University im Gazastreifen.